

Zeitschrift für das gesamte
REDITWESEN

78. Jahrgang · 15. Juli 2025

14-2025

Digitaler
Sonderdruck

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

SPANNUNGSFELD FINANZBILDUNG

Finanzbildung als gesamtgesellschaftliche
Aufgabe denken
Sven Schumann

Sven Schumann

Finanzbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe denken

Die Deutschen sparen wie die Weltmeister. Die Sparquote privater Haushalte in Deutschland lag in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt meist zwischen neun und elf Prozent des verfügbaren Einkommens. Weltweite Nummer eins sind die Schweizer, die Anteilig noch etwas mehr als die Deutschen von ihrem Einkommen auf die Seite legen.

Während die Schweiz beim Durchschnittsvermögen pro Kopf im weltweiten Vergleich auf Platz eins und beim Medianvermögen ebenfalls im oberen

Auffällig ist auch die niedrige Wohneigentumsquote in Deutschland, die ein wichtiger Baustein der privaten Vermögensbildung ist. Diese liegt mit etwa 45 Prozent deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 69 Prozent. In der Schweiz ist die Wohneigentumsquote allerdings auch sehr niedrig und mit etwas über 40 Prozent sogar noch niedriger als in Deutschland.

Ein weiterer Faktor ist die Beteiligung am Kapitalmarkt. In Deutschland zählte das Deutsche Aktieninstitut im Jahr

Anders als beim Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland soll die staatliche Vorsorge der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) in der ersten Säule des Altersvorsorgesystems der Schweiz nur das Existenzminimum sichern.

Zweite Säule zentral in der Schweiz

Die betriebliche Altersvorsorge in der Schweiz ist – wiederum anders als in Deutschland – für alle Arbeitnehmer ab einem bestimmten Einkommen verpflichtend. Sie ist kapitalgedeckt, das heißt, es wird ein individuelles Altersguthaben angespart, das von den Pensionskassen zu einem erheblichen Teil am Kapitalmarkt investiert und im Alter als Rente oder Kapital ausgezahlt wird. Die zweite Säule des Altersvorsorgesystems der Schweiz ist zentral für die Sicherung des Lebensstandards und macht einen großen Teil des Vermögens der Haushalte der Schweiz aus.

In Deutschland hingegen wird mit der Sicherung des Niveaus der staatlichen Rente in der ersten Säule der Altersvorsorge der finanzielle Spielraum des Staates zunehmend weiter eingeschränkt. Denn dem demographischen Wandel wird mit immer weiter steigenden Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt begegnet. Entsprechend stehen weniger Mittel für andere staatliche Aufgaben wie Bildung oder Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung.

Nachhaltige Veränderungen der deutschen Rentenversicherung sind trotz

„Wirtschafts- und Finanzbildung ist in deutschen Schulen weiterhin lückenhaft.“

Bereich zu finden ist, bleibt Deutschland hinter den Spitzenreitern zurück. Besonders auffällig ist dabei die niedrige Position Deutschlands beim Vergleich des Medianvermögens, was auf eine hohe Vermögensungleichheit hindeutet.

Niedrige Wohneigentumsquote

Das im Verhältnis zur Sparquote schlechte Abschneiden der Deutschen im internationalen Vermögensvergleich hat neben der ungleichen Vermögensverteilung noch weitere Ursachen. So beeinflusst die deutsche Teilung das durchschnittliche Vermögen der Deutschen bis heute aufgrund des geringen Ausgangsvermögens in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung, bis zu dem privater Vermögensaufbau dort kaum möglich war.

2024 12,1 Millionen Menschen, die Aktien- oder Fondsanteile besaßen. Das sind rund 17 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren, also etwa jeder Sechste.

Die Zahlen des Deutschen Aktieninstituts decken sich mit denen einer Studie von Statista Consumer Insights, die ebenfalls im Jahr 2024 durchgeführt wurde und die auch das Ausland in Betracht gezogen hat. Finnland führt diese Statistik mit 32 Prozent an, gefolgt von Schweden mit 27 Prozent und der Schweiz mit 20 Prozent.

Damit liegt der Anteil der Menschen in der Schweiz, die Aktien- oder Fondsanteile besitzen, nur leicht über dem in Deutschland. Allerdings profitieren die Schweizer von einer starken kapitalgedeckten Altersvorsorge, die den entscheidenden Unterschied macht.

des großen demographischen Drucks nur schwer umsetzbar. Der politische Instrumentenkasten ist überschaubar und beinhaltet mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen überwiegend Maßnahmen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit Wählerstimmen der handelnden Parteien kosten würden.

Erhebliche Wissenslücken bei der Finanzbildung

Die steigenden Zuschüsse oder mögliche Beitragserhöhungen betreffen vor allem die Jüngeren, die immer mehr für die Rente der Älteren aufbringen müssen, ohne selbst zu profitieren. Ein Teil dieser Generation scheint aber inzwischen verstanden zu haben, dass sie eigenverantwortlich private Altersvorsorge betreiben muss, um ihren Lebensstandard im Alter zu sichern. Beim Blick in die jährliche Aktionärsstatistik des Deutschen Aktieninstituts fällt auf, dass die unter 40-Jährigen inzwischen mit 3,7 Millionen Menschen die größte Altersgruppe in der Statistik bilden und sich diese in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt hat.

Auch die Ende 2024 veröffentlichte Jugendstudie des Bankenverbandes dokumentiert, dass junge Menschen mehr auf Kapitalanlagen setzen. Gleichzeitig zeigt die Studie aber auch erhebliche Wissenslücken bei der Finanzbildung: So konnten beispielsweise 27 Prozent der jungen Befragten nicht sagen, was eine Aktie ist.

Die im Juni 2025 erschienene Metall Rente Jugendstudie 2025 beobachtet „aktives Handeln der Befragten“ hinsichtlich ihrer Altersvorsorge, aber auch erhebliche Unsicherheiten „wenn es um die langfristige Planung ihrer finanziellen Zukunft geht“.

Dass die Menschen in Deutschland besser befähigt werden müssen, um sich eigenverantwortlich um ihre Altersvorsorge zu kümmern, stellt auch die OECD in ihrem im September 2024 vorgestellten „Vorschlag für eine nationale Fi-

nanzbildungsstrategie“ für Deutschland fest, der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erarbeitet wurde.

So kommen laut OECD Menschen mit höherer Finanzkompetenz tendenziell besser mit den Herausforderungen des langfristigen Sparens und der Altersvorsorge zurecht: „Sie haben eine klarere Vorstellung von der Funktionsweise des öffentlichen Rentensystems und der betrieblichen und privaten Alterssicherung, können ihren Einkommensbedarf im Alter besser abschätzen oder tun sich leichter mit der Beurteilung der Risiken von privaten Altersvorsorgeprodukten und Kapitalanlagen.“

Stärkung der Kompetenzen

Angeichts der Notwendigkeit, privat für das Alter vorzusorgen, um die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu ergänzen, sei eine Stärkung der Kompetenzen im Bereich langfristiges Sparen und Altersvorsorge in Deutschland von besonderer Bedeutung, so die OECD in ihrem Vorschlag: „Die Bürger sollen besser auf das Alter vorbereitet werden, in dem sie frühzeitig mit dem Sparen beginnen und die Zusammenhänge von Sparen, Rendite und Inflation verstehen.“ Auch die Stärkung der Teilnahme am Finanz- und Kapitalmarkt ist Teil des Vorschlags der OECD. So soll „das Verständnis für Finanzprodukte wie Aktien und Fonds [...] gefördert werden, um eine informierte Beteiligung am Kapitalmarkt zu ermöglichen“.

Die Umsetzung des OECD-Vorschlags ist aktuell allerdings nicht gesichert, denn der Bruch der Ampelkoalition im November 2024 bedeutete auch das vorläufige Ende der Bemühungen um eine nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland. Das für die Strategie verantwortliche Bundesministerium der Finanzen ist inzwischen SPD-geführt und hat sich bislang nicht zu der unter FDP-Leitung angestrebten nationalen Finanzbildungsstrategie bekannt.



Sven Schumann



Director, Public Affairs Advisor, Deutsche Börse AG, Eschborn

Trotz weltweit vorbildlicher Sparquoten liegt Deutschland im internationalen Vermögensvergleich zurück – ein Paradox, das auf strukturelle Ursachen verweist: niedrige Wohneigentumsquote, geringe Kapitalmarktteilhabe, Nachwirkungen der Teilung sowie eine demografieanfällige Altersvorsorge. Während Länder wie die Schweiz auf eine kapitalgedeckte zweite Säule setzen, belastet das Umlagesystem in Deutschland zunehmend die öffentlichen Haushalte – Reformen bleiben politisch heikel. Hoffnung macht der gestiegene Kapitalmarktzugang junger Menschen, doch gravierende Defizite in der Finanzbildung bremsen den Wandel. Eine nationale Strategie liegt bislang auf Eis, obwohl OECD, Bundesrat und Länder den Handlungsbedarf betonen. Der Aufsatz beleuchtet die Potenziale von Schule und Arbeitsplatz als Lernorte finanzieller Selbstbefähigung – und zeigt auf, warum mehr Finanzwissen nicht nur Wohlstand sichert, sondern auch die Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft stärkt. (Red.)

Ein positives Signal hierzu ging im Januar 2025 von der Finanzministerkonferenz der Bundesländer aus, die einstimmig beschlossen hat, dass die Länder gemeinsam mit dem Bund zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zu einer nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen wollen.

Zudem hat der Bundesrat im Juni 2025 in einem Beschluss zur „EU-Spar- und Investitionsunion“ festgestellt, dass die-

se auch „als Aufruf an die Mitgliedstaaten, die – wie Deutschland – bisher keine nationale Finanzbildungsstrategie haben“ verstanden wird. Der Bundesrat

Das Erwerben von Finanzkompetenzen auf „Vorrat“ hat aber auch Grenzen. Themen wie die Aufnahme von Krediten oder auch die Altersvorsorge wer-

Arbeitgeber spielen in Deutschland bislang keine wahrnehmbare Rolle bei der Vermittlung von Finanzkompetenzen an ihre Mitarbeiter. Ganz anders als beispielsweise in den USA, wo sie eine Vielzahl von Programmen und Initiativen anbieten, um die finanzielle Bildung und das finanzielle Wohlbefinden ihrer Belegschaften zu fördern.

„Eine höhere Finanzkompetenz trägt zur betrieblichen und gesellschaftlichen Resilienz bei.“

forderte in seinem Beschluss die neue Bundesregierung auf, „eine nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland unter Wahrung der Bildungshoheit der Länder schnellstmöglich auf den Weg zu bringen“.

Die Bedeutung dieser beiden von den Bundesländern gefassten Beschlüsse für die Stärkung der Finanzbildung in Deutschland ist groß, denn im Föderalismus Deutschlands liegt die Hoheit über die Bildung bei den Bundesländern. Jedes Bundesland ist eigenverantwortlich für die Organisation und Ausgestaltung seines Bildungs- und Schulwesens und damit für Lehrpläne, Unterrichtsinhalte und Lehrkräftebildung. Daran hätte auch eine nationale Finanzbildungsstrategie nichts geändert.

Lückenhafte Finanzbildung

Wirtschafts- und Finanzbildung ist in deutschen Schulen weiterhin lückenhaft. Ob man in der Schule etwas über Finanzen lernt, hängt oft vom Zufall ab. Initiativen wie das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland fordern daher die hinreichende und verpflichtende Verankerung der Wirtschafts- und Finanzbildung im Schulunterricht sowie die entsprechende fachwissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Qualifikation der Lehrkräfte.

In der Schule können finanzielle Kompetenzen frühzeitig und vor allem chancengerecht – also für jeden gleichermaßen zugänglich – vermittelt werden. Studien zeigen, dass wer bereits in jungen Jahren grundlegende Finanzkompetenzen erwirbt, von ihnen ein Leben lang profitiert.

den in der Regel erst nach der Schulzeit relevant. Wissen, das lange nicht gebraucht wird, kann in Vergessenheit geraten. Daher ist es wichtig, Finanzwissen immer wieder aufzufrischen und zu aktualisieren.

Wichtige Rolle für Arbeitgeber bei der Motivation

Arbeitgebern kann dabei eine wichtige Rolle bei der Motivation und bei der Vermittlung von Finanzwissen über die Spanne des Arbeitslebens ihrer Mitarbeitenden zukommen. Menschen sind in Deutschland durchschnittlich 40 Jahre erwerbstätig. In dieser Zeit finden eine ganze Reihe von Ereignissen mit Bezug zu den persönlichen Finanzen statt, an denen angeknüpft werden kann.

Auszubildenden können im Rahmen ihrer Ausbildung grundlegende Finanzkompetenzen vermittelt werden, wobei ein Fokus auf Prävention durch Haushaltsplanung, Absicherung von Risiken und der Einstieg in die betriebliche oder kapitalgedeckte private Altersvorsorge gelegt werden könnte.

Vermittlung von Finanzkompetenz

Beim Einstieg in ein Unternehmen bietet sich die Befassung mit vermögenswirksamen Leistungen, betrieblicher Altersvorsorge oder den Möglichkeiten zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung an. Weitere Lebensereignisse mit Bezug zu den persönlichen Finanzen, bei denen Arbeitgebende ihre Mitarbeitenden begleitend unterstützen können sind zum Beispiel die Geburt eines Kindes oder die Vorbereitung auf den Ruhestand.

Finanzbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Für die Arbeitgeber können sich eine Reihe von Vorteilen aus der Förderung der Finanzkompetenz ihrer Mitarbeiter ergeben: Finanzbildung führt in der Regel zu besseren Finanzentscheidungen und kann so den finanziellen Stress ihrer Mitarbeiter reduzieren, was sich positiv auf ihre Gesundheit und damit auch auf ihre Produktivität auswirken kann.

Eine höhere Finanzkompetenz trägt zudem zur betrieblichen und gesellschaftlichen Resilienz bei, denn sinkendes finanzielles Wohlergehen kann unter Umständen zu einer höheren Risikobereitschaft führen oder Ursache für Interessenkonflikte sein.

Schule und Arbeitsplatz sind Beispiele für Umgebungen, an denen Menschen gut mit Finanzbildung erreicht werden können. Finanzbildung sollte darüber hinaus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gedacht werden, denn das Zusammenspiel von Bildungsinstitutionen, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft eröffnet ein enormes Potenzial, das bisher zu wenig genutzt wird.

Die Stärkung der Finanzkompetenz sollte zudem als lebenslange Aufgabe verstanden werden, die sich dynamisch durch alle Lebensphasen zieht und so die Grundlage für eine Gesellschaft schafft, in der jede und jeder selbstbewusst und informiert finanzielle Entscheidungen trifft – auch zur Sicherung des Lebensstandards im Alter durch eigenverantwortliche kapitalgedeckte Altersvorsorge.
